

Guatemala Stadt – Ende Juli 2018

Notizen eines deutschen Anwalts in Guatemala (37)

In Mexiko hat AMLO¹ im Juli die Wahlen gewonnen mit einem Programm zu Gunsten des Mittelstandes und der kleinen Leute und vor allem mit dem Versprechen, das korrupte System zu verändern. Es ist kein linkes Wahlprogramm, aber eines, das alten Seilschaften Angst macht. Man muss nur die Netflix-Serie über den Drogenboss Chapo Guzman sehen, um eine Idee zu haben, wie das System funktioniert... die US-Drogenpolizei DEA eingeschlossen. Gleichzeitig wird die Repression in Nicaragua immer blutiger; Ortega tut alles, um an der Macht zu bleiben und die Ultrarechte der Region honoriert das. Méndez Ruíz, in Guatemala sattem bekannter Direktor der „Stiftung gegen den Terrorismus“ und Rächer „geschlossener“ Minen und „verfolgter“ Militärs, ist voll des Lobes über den „neuen“ Ortega.

Guatemala liegt geografisch zwischen beiden Extremen und den regionalen Despoten machen beide Angst: die Hoffnung auf Veränderung in Mexiko und der Widerstand eines Nicaragua, das Ortega satt hat; deshalb scheiterte wohl auch eine Abstimmung im Kongress Guatemalas gegen die Repression in Nicaragua, die noch wenige Wochen vorher problemlos ideologische Mehrheiten gefunden hätte.

Guatemala stolpert ohne Ziel und Horizont ins Wahljahr 2019. Einige Regeln für die Wahlen und das Parteiensystem wurden geändert, viele andere nicht und der Status Quo bestimmt den Rhythmus. Politik findet nicht statt, stattdessen wird die öffentliche Verwaltung militarisiert (Notizen 36). Die Arbeit von Jahren, in denen auf die Professionalisierung der Polizei und eine

etwas rechtstaatlichere Identität gesetzt wurde, wurde in wenigen Monaten zerstört, Entlassungen und Umbau der oberen und mittleren Führungsebene eingeschlossen. Der Unmut vieler Polizisten, der sich im Juli mit Protesten Luft verschaffte, wurde mit Repression beantwortet und verstummte schnell. Auch die Steuerbehörde SAT, die Anfang des Jahres von ihrem Antikorruptionschef „befreit“ wurde, setzt jetzt auf Geheimdienstmodelle und betreibt Spionage von einer „oficinita“² aus, die zynischerweise „Management für Steuerermittlungen“ heisst, aber Material zur Bedrohung und Erpressung sammelt.

Auch die Morde (Notizen 36) an CODECA – Mitgliedern gehen weiter. Juana Raymundo wurde am 27.7. ermordet und mit Folterspuren aufgefunden, die weitere Indizien dafür sind, dass wir aktuell am Abgrund stehen. Selbst die US-Botschaft spricht vom Mord an einer Menschenrechtsverteidigerin und fordert die sofortige Aufklärung der Mordserie. Stecken Staat und Innenministerium direkt dahinter? CODECA spricht von ständiger Bespitzelung und Infiltrierung ihrer Organisation seitens der Behörden. In solch einem Ambiente erscheint es fast logisch, wenn auch dummdreist, wenn Jimmy am 30.7. Notherbergen für Vulkanopfer in militärischer Kampfkleidung besucht und den Soldaten spielt, den er schon vor Jahren im Klamauktheater „Moralejas“ mit armeseligen schauspielerischen Mitteln gegeben hat.

Ein anderer wichtiger Moment im Juli war der Kampf um die Besetzung der Stellen (Consejo de Carrera Judicial), die zur Evaluierung der Justiz und damit zur Kontrolle und Disziplinierung vor allem der unabhängigen Richter dienen. Der Status Quo machte Fortschritte, hat

¹ Andrés Manuel López Obrador; er übernimmt im Dezember

² Der Name „kleines Büro“ macht Anleihe an den Namen des früheren Geheimdienstbüros in der Staatsanwaltschaft

die Schlacht aber noch nicht gewonnen, auch wenn er es gleichzeitig schaffte, dass das oberste Gericht (CSJ) einen stellvertretenden Verfassungsrichter (Conrado Reyes) ernannte, der noch 2010 nach nur zwei Wochen als Generalstaatsanwalt abgesetzt wurde - wegen seiner Nähe zur organisierten Kriminalität. Diese Nähe garantierte ihm jetzt seine Ernennung, allerdings kassierte das Verfassungsgericht die per „einstweiliger Anordnung“ erst einmal wieder...

Auch ein anderes Thema hat die Schlagzeilen im Juli beschäftigt. Im Juni (Notizen 36) hatte Edgar Gutiérrez, ehemaliger Aussenminister unter Portillo, in einer Kolumne zuerst lakonisch und dann immer insistenter erwähnt, dass Jimmy Morales nicht nur „unfähig, dumm und korrupt“ sondern auch „Vergewaltiger“ sei. Sein erster „Ball“ im „El Periódico“ wurde vom Chef der „La Hora“ aufgenommen, der hinzufügte, dass es sich nicht um einen Einzelfall sondern um mindestens 10 junge Frauen im öffentlichen Dienst handle, die dem Präsidenten von hohen Beamten unter Druck „zugeführt“ wurden. Zuständig für eine solche Anzeige ist offensichtlich die Staatsanwaltschaft, aber die ist nun in ihrer neuen Chef-Besetzung nicht wirklich geneigt, anzeigewilligen Frauen Solidarität und Schutz gegen die Angriffe eines Präsidenten zu gewähren. Eine erste Annäherung eines der Opfer an das MP hatte es noch in den letzten Tagen der vorherigen Administration gegeben, aber auch damals waren die Signale den schutzsuchenden Frauen gegenüber eher vage und ausweichend, so dass es jetzt einer regelrechten Kampagne bedurfte, um Druck gegenüber der neuen Generalstaatsanwältin Porras aufzubauen. Und das tat Gutiérrez. Über einen Monat teilte er in Kolumnen und Interviews jedes Mal mehr Information mit und schaffte es, den Druck soweit aufzubauen, dass Porras ihn öffentlich empfing und den Opfern – wenn auch routinemässig und

ohne Herzblut – Schutz garantierte. Es liegt jetzt in der Hand der Opfer, förmlich Anzeige gegen den Präsidenten zu erheben. Es ist eine schwierige Entscheidung und die Tatsache, dass eine ganze Gesellschaft auf sie wartet, weil sie keinen anderen Weg findet, sich dieses Präsidenten zu entledigen, macht es den Opfern sicher nicht leichter. Aber sollte es soweit kommen, wird es schwierig für Jimmy; anscheinend existieren Audios, die ihn belasten und der Pakt der Korrupten müsste sich angesichts dieser Vorwürfe neu definieren. In der Zwischenzeit präsentierten sie eine Prostituierte aus Kolumbien, die über angeblich perverse Sex-Praktiken von Gutiérrez schwadroniert, um im Stil alter Geheimdienstpraktiken seinen Ruf zu ruinieren.

Leider ist auch von einer anderen Kampagne zu berichten; noch sind nicht alle Einzelheiten bekannt und das Thema ist auch zu delikant, als dass ich spekulieren will. Aber CALAS³, ein wichtiger Alliiertes der indigenen Gemeinden in ihrem Kampf um die Verteidigung ihrer Territorien gegen Grossprojekte, ist in einen heftigen Konflikt verwickelt, der schon längst kein interner mehr ist. Der langjährige Direktor von CALAS, Yuri Melini, selbst vor einigen Jahren Opfer eines Attentats, verliess die NGO Ende Mai ohne Begründung; jetzt erhebt Rafael Maldonado, langjähriger Freund Melinis und ex-Anwalt von CALAS Korruptionsvorwürfe gegen ihn. Maldonado selbst wurde in diesem Zusammenhang gekündigt, unter anderem wegen Gewalt gegen Frauen (die Vorstandsvorsitzende von CALAS). Was hinter all dem steckt, ist zur

³ Centro de Acción Legal, Ambiental y Social de Guatemala; es hat mit Grundrechtsbeschwerden (Amparos) die einstweilige Stilllegung mehrerer Minen erreicht oder (mit uns) in verschiedenen Fällen die Strafverteidigung des Widerstandes organisiert. Ihr jetzt gekündigter Anwalt Maldonado wird zusammen mit mir und Ramón Cadena der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung beschuldigt, weil wir als Anwälte den Kampf des Widerstandes der „La Puya“ gegen die Mine in San José del Golfo unterstützen.

Zeit nicht wirklich klar, aber es ist ein gefundenes Fressen für alle Minen und Grossprojektbetreiber; sie reiben sich die Hände und lehnen sich genüsslich zurück, während die verschiedenen Akteure um CALAS in der Öffentlichkeit auf einander einprügeln. Nicht umsonst hatte die Sonntagsausgabe des „El Periódico“ am 29.7. eine achtseitige (!) Beilage, die von „Miningworks.gt“ verantwortet wurde. Es waren acht Seiten, die ohne grösseren Informationsgehalt das Thema ausschlachteteten und Stimmung gegen den Widerstand und die Richter machten, die dieser Veröffentlichung zufolge, Freunde einer „korrupten ONG“ (CALAS) sind und deswegen die erwähnten einstweiligen Anordnungen zur Schliessung einiger Grossprojekte erlassen hätten.

Miguel Mörth